

deutschen sehr stark in den Zugang nach Westberlin einbezogen sind⁶⁸.

Im Interesse der Herbeiführung einer Verständigung hat die DDR auch hier einen weitgehenden Kompromißvorschlag unterbreitet, der in der westlichen Presse unter der Bezeichnung „Ulbricht-Plan“ bekannt wurde. In seiner bereits erwähnten Rede auf der 15. Tagung des Zentralkomitees der SED erklärte Walter Ulbricht:

„Was die Verbindung Westberlins mit der Außenwelt betrifft, so ist die DDR bereit zu erwägen, im Zusammenhang mit dem Abschluß eines Friedensvertrages den Garantiemächten bei einer friedlichen Lösung der Westberlin-Frage das Recht einzuräumen, für die Gewährleistung des friedlichen Verkehrs von und nach Westberlin als eine Art Schiedsstelle zu fungieren, die bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der DDR und den USA, Großbritannien oder Frankreich angerufen werden kann. In dieser Mächte-Schiedsstelle wäre dann die Sowjetunion verantwortlich, mit der DDR den betreffenden Streitfall aus der Welt zu schaffen. Die Regierung der DDR hält es auch für möglich, Empfehlungen der Garantiemächte oder einer entsprechenden Institution der Vereinten Nationen für die Gewährleistung des friedlichen Verkehrs von und nach Westberlin entgegenzunehmen.“⁶⁹

Der Vorschlag geht davon aus, daß in Übereinstimmung mit den in der Charta der Vereinten Nationen völkerrechtlich fixierten Grundprinzipien der friedlichen Koexistenz die Staaten im Interesse der friedlichen Beilegung internationaler Streitfälle sog. Schieds- oder Vergleichskommissionen schaffen können. Diese werden in Übereinstimmung mit dem souveränen Willen der Staaten gebildet und üben ihre Tätigkeit unter strikter Achtung des Grundsatzes der souveränen Gleichheit der Staaten aus.

Die Vorschläge der DDR gehen von der Gewährleistung ihrer Souveränität und Sicherheit aus und kommen gleichzeitig weitestgehend den Interessen der Westmächte entgegen⁸. Sie fanden daher auch — vor allem in der britischen Presse — starke Beachtung. Der „Daily Telegraph“ vom 26. März 1962 sprach von „einem deutlichen Fortschritt“, und der Londoner „Guardian“ bezeichnete die DDR-Initiative als einen „hoffnungsvollen Vorschlag“. Auch die Pariser „Le Monde“ wertete die Vorschläge Walter Ulbrichts als einen Ausdruck des Interesses an internationalen Verhandlungen.

Die Bonner Regierung allerdings reagierte auf den

⁶⁸ Zitiert nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuter, London, vom 26. April 1962.

⁶⁹ ND (Ausg. B) vom 24. März 1962.

⁸ Vgl. den Beitrag „Normalisierung der Verhältnisse in Westberlin — Voraussetzung für die Garantierung des Zugangs“, Außenpolitische Korrespondenz Nr. 15 vom 13. April 1962, S. 4 f.

konstruktiven Vorschlag der DDR sofort mit einem kategorischen „Nein“. In einem Kommentar des „Bulletins des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“ wurde darüber hinaus anmaßend erklärt, „daß seine (Walter Ulbrichts — M. K.) Vorschläge für den Westen völlig undiskutabel sind“⁹.

Zur gleichen Zeit betonte allerdings Großbritanniens Außenminister Lord Home bei seiner Berichterstattung über die 18-Staaten-Abrüstungskonferenz vor dem Oberhaus, der Vorschlag Walter Ulbrichts zur Schaffung einer Schiedsstelle „verdiene ein sorgfältiges Studium“. Lord Home führte weiter aus: „Wir müssen diese dauernden (Westberlin-)Diskussionen mit der größten Sorgfalt beobachten, weil darin neue Ideen enthalten sein könnten, die wir übernehmen und von denen wir zu einer Regelung kommen könnten.“

Lord Home verdeutlichte die Selbstisolierung Bonns mit der Bemerkung über eine mögliche Lösung des Westberlinproblems:

„... Diese Regelung soll weder eine Bedrohung der Sowjetunion noch die Verwendung Westberlins als Sprungbrett für feindselige Aktionen bedeuten, und es besteht auch keine Absicht, die Autorität der DDR einzuschränken.“¹⁰

Leider besteht zwischen derartigen sachlich anmutenden Erklärungen und der praktischen Politik der Westmächte gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und in der Westberlin-Frage noch ein erheblicher Unterschied. Die Erkenntnis der Realitäten setzt sich nur in zäher Auseinandersetzung Schritt für Schritt durch.

Die Erklärung des britischen Außenministers Lord Home vor dem Oberhaus ist ebenso wie die in eindeutiger Störabsicht gezielte Indiskretion Bonner politischer Kreise über amerikanische Westberlin-Vorschläge ein Zeichen für den Differenzierungsprozeß, der sich nicht nur zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik, sondern auch in Westdeutschland selbst vollzieht. Der gegenwärtige Stand dieser Entwicklung gibt einigen Anlaß zu der Erwartung, daß die an einer Verständigung interessierten Kräfte an Einfluß gewinnen. In diesem Prozeß sich anbahnender Verständigungsmöglichkeiten alle Obstruktionsversuche der herrschenden Kreise Bonns durch offensive außenpolitische Aktionen zu zerschlagen und das nationale Interesse des deutschen Volkes an der Abrüstung, dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und der friedlichen Lösung der Westberlin-Frage zu vertreten, ist die historische Aufgabe und schon heute ein bleibendes Verdienst der Deutschen Demokratischen Republik.

⁹ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 60 vom 28. März 1962.

¹⁰ Zitiert nach „Der Spiegel“, Hamburg, Nr. 14 vom 4. April 1962.

Richtlinie

des Plenums des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik über die Anwendung der §§ 8 und 9 StELG und die Übergabe von geringfügigen Strafsachen an die Konfliktkommissionen

Richtlinie Nr. 13 vom 14. April 1962 — RP1. 1/62

Zur Durchsetzung des Beschlusses des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. Januar 1961 über die weitere Entwicklung der Rechtspflege in der Deutschen Demokratischen Republik ergeht folgende Richtlinie:

I

In der Periode des voll entfalteten sozialistischen Aufbaues besteht die Hauptaufgabe in der Erziehung des sozialistischen Menschen im Prozeß der Arbeit und in der Herstellung der moralisch-politischen Einheit der

Bürger der Deutschen Demokratischen Republik unter gleichzeitiger Erfüllung der ökonomischen Aufgaben. Für die in der gegenwärtigen Etappe sich erfolgreich entwickelnden sozialistischen Gesellschaftsbeziehungen bilden die noch vorhandenen Erscheinungen der Kriminalität ein ernstes Hemmnis. Es ist deshalb notwendig, den Kampf gegen sie noch zielstrebig und differenzierter zu führen. Dazu fordert der Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. Januar 1961 über die weitere Entwicklung der Rechtspflege in der Deutschen Demokratischen Re-